

Stellungnahme von ARD-aktuell zu der E-Mail der Herren F. Klinkhammer und V. Bräutigam vom 23.10.2016 zur Moderation der Tagesthemen vom 19.10.2016 bezüglich der Berichterstattung über die Ukraine- und Syrien-Gespräche mit Russlands Präsidenten Putin in Berlin

In einer Programmbeschwerde vom 23.10.2016 kritisieren die Herren Klinkhammer und Bräutigam die Moderation der „Tagesthemen“ vom 19.10.2016 bezüglich der Berichterstattung über die Ukraine- und Syrien-Gespräche mit Russlands Präsidenten Putin in Berlin. Konkret werfen die Beschwerdeführer der Moderatorin Caren Miosga bewusste Falschinformation vor, da sie im Schaltgespräch mit Thomas Baumann sagte, Russland habe die Gespräche mit den USA über Syrien am selben Tag abgebrochen.

Dazu nimmt die Redaktion wie folgt Stellung: Die Formulierung in der Anmoderation des „Tagesthemen“-Beitrags und in Frau Miosgas Frage an Herrn Baumann bezog sich auf dessen Aussage in einer Schalte der 20-Uhr-„Tagesschau“:

<http://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/ts-16525.html>

Wörtlich sagte Herr Baumann dort zum Treffen in Berlin: „Was es gibt, das ist eine weitere Verhärtung im Syrien-Konflikt. Unmittelbar vor dem Treffen in Berlin hat die russische Regierung weitere Gespräche zwischen Außenminister Lawrow und seinem amerikanischen Amtskollegen Kerry abgelehnt. Damit laufen die Syrien-Gespräche gegenwärtig einzig und allein über den Gesprächskanal Berlin.“

Diese Information basierte auf Äußerungen von Russlands stellvertretendem Außenminister Rjabkow. Er hatte sich am 19.10.2016 im Vorfeld der Gespräche in Berlin nach einem Bericht der russischen Agentur Interfax gegen ein weiteres Treffen von Lawrow und Kerry ausgesprochen.

Dass Anfang Oktober die Gespräche zwischen Moskau und Washington seitens der USA abgebrochen wurden, ist unstrittig. Darüber hatten wir seinerzeit auch ausführlich berichtet. In der „Tagesthemen“-Anmoderation am 19.10.2016 wäre die Formulierung „weitere Gespräche abgelehnt“ statt „aufgekündigt“ deutlicher gewesen. Aus dem Kontext der Berichterstattung über die Berliner Konferenz ergab sich nach unserer Auffassung aber dessen ungeachtet keine sinnentstellende Darstellung. Die Unterstellung der Beschwerdeführer einer „bewussten Falschinformation“ weisen wir als unbegründet zurück.

Dr. Kai Gniffke
10.11.2016